

Der Personalrat für die Gesamtheit der Grund- und Mittelschulen im Bereich des Staatlichen Schulamtes im Landkreis Aschaffenburg

Stockstadt 01.06.2017

**Vorsitzender des Personalrates
Frank Rabenstein**

**Pfaffenbergstraße 8a
63811 Stockstadt am Main**

**Mittelschule Stockstadt
Adalbert-Stifter-Straße 2
63811 Stockstadt am Main**

**Fon: 06027 402400
dienstl. 06027 2087-19
frank.rabenstein@t-online.de**

**Fax: 06027 402404
dienstl. 06027 7817
rabenstein@hs-stockstadt.de**

Frank Rabenstein, Vorsitzender des WV im Landkreis Aschaffenburg

Resolution an den Hauptpersonalrat
z. Hd. Herrn Rolf Habermann

Resolution zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung am bayerischen Untermain

In ganz Unterfranken und gerade am Untermain ist die Unterrichtsversorgung der Schülerinnen und Schüler dramatisch angespannt. Schon zu Schuljahresbeginn wurden vom Kultusministerium entschieden zu wenige Lehrerstunden zugewiesen und für viele Stunden fehlte entsprechend qualifiziertes Personal. Die dabei zugrundeliegende KM-Bedarfsberechnung nach Schülerzahlen führt seit vielen Jahren zu einer ungerechten Verteilung der Lehrerstunden auf die Regierungsbezirke. Außerdem ist das für regionale Besonderheiten zusätzlich zugewiesene Lehrerstundenkontingent viel zu gering bemessen.

Im Laufe des Schuljahres hat sich die Situation durch Langzeiterkrankungen und Schwangerschaftsvertretungen mit anschließender Elternzeit weiter verschärft. Die in den Wintermonaten verstärkt auftretenden Kurzzeit-Erkrankungen konnten deshalb nicht kompensiert werden.

Die mobile Reserve reicht bei Weitem nicht aus. Die Schulen müssen sich mit Doppelführungen von Klassen, Gruppenauflösungen, Streichen von Differenzierungsmaßnahmen, Aufteilen von Schülern in Parallelklassen, Vertretungen und Mehrarbeit behelfen. Verstärkt wird in den kommenden Monaten auch mit Unterrichtsausfällen zu rechnen sein.

Die Belastungsgrenze ist durch diese Situation bei vielen Lehrkräften weit überschritten, ein schülerorientiertes und effizientes Unterrichten nicht mehr gesichert. Nicht zuletzt auch durch die immer mehr zunehmende Beschäftigung unzureichend ausgebildeten Personals auf Aushilfs-Arbeitsvertrag sinkt die Qualität des Unterrichts bedenklich.

Durch die bereits langfristig vorhersehbaren Pensionierungen und Eintritte in die Altersteilzeit sind ab Februar 2017 zusätzlich 56 Lehrerstellen weggefallen und mussten mit Aushilfslehrkräften auf befristeten Arbeitsverträgen besetzt werden.

Die Personalversammlungen der Beschäftigten an Grund- und Mittelschulen in der Stadt und im Landkreis Aschaffenburg stellten bei der Personalversammlung am 31.05.2017 einstimmig folgende Forderungen auf:

- 1. Die Lehrerstundenzuweisung für Unterfranken muss im kommenden Schuljahr von Beginn an deutlich verbessert werden. Eine Personalplanung, die sich in erster Linie an den Schülerzahlen orientiert, wird den regionalen Besonderheiten im Bereich der Staatlichen Schulämter in der Stadt und im Landkreis Aschaffenburg (siehe Punkt 4) nicht gerecht.**
- 2. Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der Gymnasien und Realschulen, die keine Anstellung finden, ist rechtzeitig ein gesichertes Arbeitsverhältnis auf Dauer und/oder eine Nachqualifizierung anzubieten (höhere Attraktivität, Planungssicherheit bei den JunglehrerInnen).**
- 3. Ein zweiter Einstellungstermin im Februar ist auch im Bereich der Grund-, Mittel- und Förderschulen - wie im Gymnasial- und Realschulbereich, - dringend erforderlich.**
- 4. Für regionale Besonderheiten wie der politisch und pädagogisch gewollte Erhalt kleiner Schulen und die fehlende Kontinuität bei der Lehrerversorgung ist ein am tatsächlichen Bedarf orientiertes Kontingent an zusätzlichen Lehrerstellen vom KM zuzuweisen.**
- 5. Die Schulen brauchen dringend zusätzliches unterstützendes Personal für multiprofessionelle Teams.**
- 6. Die externe Evaluation sowie der Einsatz von Lotsen an Realschulen und Gymnasien und der Einsatz von Kooperationslehrern (Mittelschule, Wirtschaftsschule) sind in den nächsten Jahren vorübergehend auszusetzen, um die dort gebundenen Lehrerstunden den Schulen zur Verfügung zu stellen.**
- 7. Die Schulämter unterstützen bei längerfristigen Ausfällen von Lehrkräften (mehr als zwei Wochen) die Schulen durch großzügige und schnellstmögliche Genehmigung von Mehrarbeit bzw. Aufstockungen von Teilzeiten.**
- 8. Finanzielle Mittel für die Gewährung von Mehrarbeit sind in ausreichender Höhe bereitzustellen.**
- 9. In den kommenden Schuljahren sollen fertig ausgebildete Junglehrer, die langfristig am Untermain bleiben wollen, eine feste Planstelle angeboten bekommen und nicht nach Oberbayern versetzt werden.**
- 10. In andere Bundesländer abgewanderten Lehrkräften sollten Rückkehrangebote offeriert werden.**
- 11. Um langfristig die Abwanderung zu verhindern und weiterhin motivierte Lehrkräfte für Bayern bzw. Unterfranken zu finden, muss die Besoldung für alle Grund- und Mittelschullehrkräfte auf A13 angehoben werden, wie dies in anderen Bundesländern längst üblich ist.**

Mit freundlichen Grüßen



Frank Rabenstein
Vorsitzender des örtlichen Personalrates